



MUSTER Sondernutzungskonzession

Bau und Betrieb einer Photovoltaik-Anlage auf der Strasseninfrastruktur des Kantons Bern

Zu Gunsten

Des/der **BERECHTIGTENNAME**, handelnd durch die gesetzlichen und statutarischen Organe

hiernach Berechtigte/r genannt

Erteilt durch

den Kanton Bern, Bau- und Verkehrsdirektion, Tiefbauamt, Obergeringenieurkreis **XY**, **STRASSEN-NAME STRASSENNUMMER, PLZ ORT**, Eigentümer des Grundstücks **GEMEINDE** Gbbl. Nr. **XY** bzw. Objekts **OBJEKT_NAME**

hiernach Kanton genannt

1 Ausgangslage

- 1.1 Die/der Berechtigte beabsichtigt auf dem Strasseninfrastruktur-Objekt **OBJEKT_NAME** eine Photovoltaik-Anlage zu errichten, zu betreiben und zu unterhalten. Das Infrastruktur-Objekt liegt auf dem Grundstück **GEMEINDE** Gbbl.-Nr. **XY**, das im Eigentum des Kantons Bern steht.
- 1.2 Gemäss Art. 65 Abs. 1 des Strassengesetzes vom 4. Juni 2008 (SG; BSG 732.11) dürfen öffentliche Strassen im Rahmen ihrer Zweckbestimmung, ihrer Gestaltung, der örtlichen Verhältnisse und der geltenden Vorschriften von allen unentgeltlich und ohne besondere Erlaubnis benutzt werden.
- 1.3 Als Sondernutzung gilt demgegenüber gemäss Art. 70 Abs. 1 SG eine intensive, auf Dauer angelegte Nutzung, insbesondere durch Bauten und Anlagen auf, in, über oder unter der öffentlichen Strasse. Sie bedarf einer Konzession des zuständigen Gemeinwesens. Dies ist bei Kantonsstrassen das Tiefbauamt des Kantons Bern (Art. 12 Bst. a der Organisationsverordnung BVD vom 18. Oktober 1995 [OrV BVD; BSG 152.221.191]).
- 1.4 Die Sondernutzungskonzession ist befristet. Sie kann erteilt werden, wenn keine überwiegenden öffentlichen oder privaten Interessen entgegenstehen. Sie kann mit Auflagen oder Bedingungen verbunden werden (Art. 70 Abs. 2 SG).
- 1.5 Für Konzessionsgesuche, die sich auf Teile von Kantonsstrassen beziehen, die nicht im Eigentum des Kantons sind, ist die Zustimmung des Grundeigentümers erforderlich (Art. 70 Abs. 3 SG).
- 1.6 Die Konzession kann während der Geltungsdauer jederzeit im überwiegenden öffentlichen Interesse gegen Entschädigung widerrufen werden (Art. 70 Abs. 4 SG).
- 1.7 Die/der Berechtigte unterhält die konzessionierten Bauten und Anlagen auf eigene Kosten. Sie/er muss sie auf eigene Kosten verlegen und anpassen, wenn dies wegen des Baus oder Unterhalts der öffentlichen Strasse erforderlich ist. Zum Start des Vorprojekts wird der Zustand des Objekts erhoben, die erwartete Restlebensdauer bestimmt und abgeklärt, ob am Standort des Objekts bereits Vorstudien, Studien oder konkrete Strassenbau-Projekte (mit oder ohne Strassenplanverfahren) bestehen. Diese Klärung erfolgt zwischen der/dem Berechtigten und dem zuständigen Obergeringenieurkreis, der die Verantwortung und Kosten für die Bereitstellung dieser Grundlagendaten trägt. Auf dieser Basis erstellt die/der Berechtigte eine objektspezifische Risikoeinschätzung und

entscheidet, ob sie/er das objektspezifische Projekt entwickeln will. Die/der Berechtigte trägt alle Kosten, die aufgrund der Sondernutzung entstehen (Art. 70 Abs. 5 SG).

- 1.8 Gegenstand der vorliegenden Konzessions-Urkunde ist die Regelung der für Erstellung, Betrieb und Unterhalt der Photovoltaikanlage auf **OBJEKT_NAME** des Kantons geltenden Bedingungen, Auflagen sowie Gebühren und Entschädigungen.
- 1.9 Neben der vorliegenden Sondernutzungskonzession ist für die Erstellung einer Photovoltaikanlage eine Ausnahmegewilligung für die Unterschreitung des Strassenabstandes nach Art 80 und Art 81 SG erforderlich, da die PV-Anlage nicht als Bestandteil der Strasse im Sinne von Art. 1 Abs. 1 SV gilt. Die Ausnahmegewilligung wird im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens erteilt.

2 Grundlagen

- Strassengesetz vom 4. Juni 2008 (SG; BSG 732.11) insbesondere Art. 68 ff.
- Strassenverordnung vom 29. Oktober 2008 (SV; BSG 732.111.11)
- Situationsplan „**OBJEKT_NAME_plan.pdf**“
- Allfällige weitere Unterlagen aus der Vorprüfung wie Pläne, Nachweise, Einhaltung der technischen Anforderungen werden nachstehend aufgeführt:

3 Nutzung / Gegenstand

- 3.1 Der Kanton Bern ist Eigentümer des Strasseninfrastruktur-Objekts **OBJEKT_NAME**, auf Grundstück Gemeinde **GEMEINDENAME** Gbbl. Nr. **XY** mit ID **OBJEKT_GUID** liegt. Das Grundstück stellt eine öffentliche Sache im Gemeingebrauch dar.

- 3.2 Der Kanton gestattet der/dem Berechtigten auf dem vorerwähnten Objekt:

Erstellung, Betrieb und Unterhalt einer Photovoltaikanlage mit zugehöriger Ausrüstung, allfälliger Energiespeicherung und notwendigen Infrastruktur- und Erschliessungsanlagen (Kommunikations-einrichtungen, Leitungen, Kabel, Kabelschutzrohre, etc.)

Der diesem Dokument beiliegende Situationsplan „**OBJEKT_NAME_plan.pdf**“ im Anhang wird von beiden Parteien als richtig anerkannt. Er bildet einen integrierenden Bestandteil dieser Urkunde. Wird der Situationsplan während des Bauverfahrens aktualisiert, so gilt die letzte Fassung.

- 3.3 Die Kontaktpersonen für dieses Objekt bei den kantonalen Behörden sind:

Oberingenieurkreis	Strasseninspektorat
KONTAKTPERSON Oberingenieurkreis XY , STRASSENNAME STRASSENNUMMER, PLZ ORT TELEFONNUMER	KONTAKTPERSON Strasseninspektorat XY , STRASSENNAME STRASSENNUMMER, PLZ ORT TELEFONNUMER

4 Allgemeine Bestimmungen

- 4.1 Die/der Berechtigte baut, betreibt und unterhält nach Massgabe der einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen die Anlage auf seine Kosten.

- 4.2 Die Richtlinie des Tiefbauamtes "Verhalten bei Arbeiten auf Kantonsstrassen", die als Anweisung gilt, muss allen Personen, die Arbeiten in der Nähe der Fahrbahn durchführen, zur Kenntnis gebracht werden (Anhang 7 der Einladung zur Gesuchstellung).
- 4.3 Die Einholung der Baubewilligung beim Regierungsstatthalteramt des Verwaltungskreises, bei der Gemeinde oder beim Tiefbauamt, sowie anderer eventuell erforderlicher Bewilligungen und Zustimmungen liegt in der alleinigen Verantwortung der/des Berechtigten.
- 4.4 Die eingeräumten Rechte sind in möglichst schonender Weise und unter Wahrung der Interessen des Kantons auszuüben. Die/der Berechtigte stellt sicher, dass der Betrieb der Anlage, bauliche Massnahmen oder Unterhaltsarbeiten daran, die Funktion und den Betrieb der Kantonsstrasse möglichst nicht beeinträchtigen und die Arbeiten sorgfältig ausgeführt werden. Oberste Priorität haben dabei die Sicherheit des Strassenverkehrs und Verfügbarkeit der Strassen-Infrastruktur. Zu keiner Zeit dürfen Elemente einer PV-Anlage Strassenverkehrsteilnehmende gefährden. Die Anlage ist sachgemäss und klaglos zu führen und jederzeit in einwandfreiem Zustand zu erhalten. Die Bedingungen und Auflagen sind einzuhalten, die Hinweise sind zu beachten.
- 4.5 Hat der Berechtigte nach schriftlicher Mahnung und Androhung einer Ersatzvornahme eine in dieser Konzession enthaltene Bedingung und Auflage nicht oder nicht fristgerecht erfüllt, so kann der Kanton ohne weiteres die Ersatzvornahme auf Kosten des Berechtigten anordnen.
- 4.6 Die Übertragung der Gesellschaft an eine/n Rechtsnachfolger(in) bedarf der schriftlichen Zustimmung des Kantons. Das zuständige Organ darf erst nach erfolgter Zustimmung Beschluss fassen. Die Zustimmung muss erteilt werden, wenn die/der Rechtsnachfolger(in) eine einwandfreie Führung des Betriebs zu garantieren vermag. Sämtliche Rechte und Pflichten aus dieser Konzessionsurkunde sind mit der Verpflichtung zur Weiterübertragung einer/m allfälligen Rechtsnachfolger(in) zu übertragen.
- 4.7 Keine Zustimmung, jedoch zwingend eine vorgängige Information an den Kanton braucht die Übertragung der Konzession an eine andere Gesellschaft der Firmengruppe, sofern die/der Berechtigte an dieser Gesellschaft kapital- und oder stimmenmässig mehrheitsbeteiligt ist.
- 4.8 Bei einer Übertragung des Grundstücks durch den Kanton Bern an einen hoheitlichen Rechtsnachfolger werden sämtliche Rechte und Pflichten aus dieser Konzessionsurkunde mit der Verpflichtung zur Weiterübertragung übertragen.
- 4.9 Der/dem Berechtigte(n) steht die erzeugte Solarenergie und der ökologische Mehrwert zur freien Verfügung. Es ist nicht vorgesehen, dass der Kanton einen Teil der Solarenergie für den Eigenverbrauch zur Versorgung seiner Infrastruktur nutzt.

5 Anfang, Dauer und Verlängerung der Konzession

5.1 Anfang und Dauer der Konzession

Diese Konzession tritt mit der Eröffnung an die/den Berechtigte(n) in Kraft. Die Ausübung der Konzession startet zum Zeitpunkt des Vorliegens einer rechtskräftigen Baubewilligung.

Die Konzession gilt für einen Zeitraum von 30 Jahren ab dem Datum der Rechtskraft der Baubewilligung.

5.2 Erneuerung der Konzession

Eine Erneuerung der Konzession muss bis spätestens zwei Jahre vor Ablauf der Gültigkeit beim Kanton beantragt werden. Ein Anspruch auf Erneuerung besteht nicht.

6 Ablauf, Verzicht und Widerruf der Konzession

6.1 Ablauf der Konzession

Endet die Konzession in ordentlicher Weise zufolge Zeitablaufs, so erlischt das Recht zur Erstellung, zum Betrieb und Unterhalt der Anlage.

6.2 Verzicht der/des Berechtigten

Der Berechtigte kann vorzeitig und unter Einhaltung einer ordentlichen Frist von sechs Monaten auf die weitere Ausübung der bewilligten Nutzung verzichten bei

- Ablauf oder Entzug einer für den Betrieb der Anlage notwendigen Bewilligung,
- Eintritt von Umständen, welche die Fortführung des Betriebes nicht mehr angemessen erscheinen lassen (z.B. behördliche Auflagen, ungenügende Wirtschaftlichkeit, Änderung der Verhältnisse in der Umgebung, technische Gründe).

Diese Kündigungsfrist kann in gegenseitigem Einvernehmen verkürzt werden, wenn ein Weiterbetrieb der Anlage aus Sicherheits- oder anderen technischen Gründen als nicht mehr vertretbar erscheint.

6.3 Widerruf

Der Kanton kann die Konzession jederzeit im überwiegenden öffentlichen Interesse gegen Entschädigung widerrufen (Art. 70 Abs. 4 SG), insbesondere bei Änderung der Strassengestaltung im Strassenplanverfahren, bei einer Änderung der Verhältnisse in der Umgebung und aus technischen Gründen.

Überdies kann er die Konzession ohne jegliche Entschädigung sofort widerrufen, wenn/bei:

- Ablauf oder Entzug einer für den Betrieb der Anlage notwendigen Bewilligung,
- der Betrieb entweder ganz oder in wichtigen Teilen einseitig eingestellt und binnen angemessener Frist nicht wiederaufgenommen wird, nachdem der Kanton die/den Berechtigte(n) schriftlich dazu aufgefordert hat;
- öffentlich-rechtliche Bestimmungen oder in dieser Konzession enthaltene Nebenbestimmungen schwerwiegend oder trotz schriftlicher Mahnung durch den Kanton wiederholt oder fortgesetzt durch die/den Berechtigte(n) verletzt wurden (z.B. durch nachlässige Betriebsführung).
- Auflösung oder Teilauflösung des Konsortiums

Die Konzession wird bei Teilauflösung des Konsortiums nicht widerrufen, wenn bei Rückzug eines Konsortialpartners alle Verpflichtungen an einen der verbleibenden, bereits bestehenden Konsortialpartner übertragen und der diesbezügliche Nachweis der Verpflichtungsübertragung gegenüber dem Kanton erbracht wird. Voraussetzung ist hierbei, dass der die Verpflichtungen übernehmende Konsortialpartner über die entsprechende Haftungsdeckung verfügt.

Es besteht kein Anspruch auf Zuweisung anderer Grundstücke oder auf Erteilung einer neuen Konzession.

6.4 Entschädigung

Nach Artikel Art. 70 Abs. 4 SG erfolgt der Widerruf der Konzession im öffentlichen Interesse gegen Entschädigung. Diese besteht im Restwert der Anlage. Der Entschädigungswert ist die Summe aus:

- Dem Restwert der linear über 30 Jahre abgeschrieben effektiven, aktivierten und nach Artikel 61 Absätze 1–3 EnG anrechenbaren Investitionskosten abzüglich aller erhaltenen Subventionen.
- Plus dem Restwert der linear über 15 Jahre abgeschriebenen Gesamtheit aller Subventionsbeiträge
- Minus dem Restwert für wiederverwendbares Material. Der Restwert des Materials wird mit einem Wertverlust von 40% im ersten Betriebsjahr und einer anschliessenden linearen Abschreibung über 30 Jahre berechnet.

Die Anzahl Betriebsjahre der Anlage bis zu ihrem Abbau wird aus der Differenz zwischen Rückbaujahr und dem Jahr der rechtskräftigen Baubewilligung ermittelt. Sie bilden die Basis für die Restwertermittlung (Abschreibungen).

Aktive Komponenten wie PV-Module, Wechselrichter, Überspannungsschutzeinrichtungen und Energiezähler sollen einer Wiederverwendung zugeführt werden (2nd life) und gelten daher als wiederverwendbar. Das weitere Material wird als nicht direkt wiederverwendbar eingestuft.

Alle zur Bestimmung des Entschädigungswertes notwendigen Kosten und Subventionsbeiträge müssen nach Abschluss der Installation gegenüber dem Kanton aus- und nachgewiesen werden.

6.5 Rückbau und Wiederherstellung des ursprünglichen Zustands

Nach Ablauf der Konzessionsdauer, bei Verzicht des Berechtigten auf die Ausübung der Konzession sowie bei Widerruf der Konzession durch den Kanton entfernt die/der Berechtigte die Anlage und stellt den ursprünglichen Zustand des Grundstücks wieder her. Die Kosten dafür trägt die/der Berechtigte. Die Wiederherstellung bezieht sich auf Veränderungen am Objekt, die sich aufgrund der Installation der PV-Komponenten ergeben haben. Sie bezieht sich somit nicht auf die nutzungs- und altersbedingte Verschlechterung des Objektzustandes, welche unabhängig von der Installation und dem Betrieb einer PV Anlage resultieren würde.

Die Wiederherstellungsarbeiten sind mit dem zuständigen Oberingenieurskreis abzustimmen, da diese objektspezifisch sehr unterschiedlich ausfallen können. Es gelten dabei folgende Grundsätze:

- Bohrungen in Beton-Strukturen müssen geschlossen und versiegelt werden, um Wasserinfiltration oder Korrosion und damit längerfristige strukturelle Schäden zu vermeiden.
- Bohrungen in Stahlkonstruktionen müssen mittels Zinklack geschützt werden
- Wo Pflanzen entfernt wurden, ist möglichst wieder eine artgleiche Bepflanzung umzusetzen.

Es besteht kein Anspruch seitens der/des Berechtigten, dass der Kanton von diesem Grundsatz abweicht.

Alternative Lösungsansätze können beim Rückbau der Anlage durch die/den Berechtigten beim zuständigen Oberingenieurkreis und allfällig betroffenen dritten Grundeigentümern eingebracht werden, wenn solche Lösungsansätze für die Parteien vorteilhaft sein können. Sind in derartigen Fällen auch dritte Grundeigentümer betroffen, so müssen diese in solche alternative Lösungsansätze mit einbezogen werden.

7 Anlage der/des Berechtigten im Besonderen

7.1 Eigentumsrechte

Die/der Berechtigte ist Eigentümer(in) der Anlage und verpflichtet sich, für die Anlage sowie alle damit zusammenhängenden Arbeiten und Einrichtungen während der ganzen Dauer dieser Konzession die volle Haftung zu übernehmen. Das Eigentum an den betroffenen Grundstücken bleibt von dieser Konzession unberührt.

7.2 Besondere Bestimmungen

Die/der Berechtigte weist nach, dass sie/er alle notwendigen Überprüfungen bezüglich der potenziellen statischen Belastungen des Objekts, der lärmtechnischen und blendenden Auswirkungen der PV-Anlage auf die Kantonsstrasse und die Umgebung durchgeführt hat. Sie/er übernimmt die volle Verantwortung für deren Richtigkeit und trägt die damit verbundenen Kosten.

Der Kanton begleitet die Bauausführung und bestimmt ggf. die Details und die Qualitätsanforderungen im Bereich seiner Zuständigkeit. Zu diesem Zweck ist eine Vertretung des Kantons zu den Bausitzungen einzuladen, mit den Protokollen zu bedienen und bei Unvorhergesehenem unverzüglich zu informieren und beizuziehen.

Nach Abschluss der Arbeiten führt die/der Berechtigte mit dem Kanton eine Bauabnahme im Bereich seiner Zuständigkeit durch. Das Ergebnis wird in einem Protokoll festgehalten und dem Kanton zugestellt. Der Ausgangszustand an der öffentlichen Strasse ist wiederherzustellen.

Die/der Berechtigte ist verantwortlich, dass die erstellte Anlage den gesetzlichen und normativen Qualitätsanforderungen sowie den Anforderungen gemäss den Anhängen 3, 3a bis 3c der Einladung zur Gesuchstellung genügt. Es gelten die Bestimmungen des Strassengesetzes vom 4. Juni 2008, namentlich Art. 68, 69 und 70. Er haftet für alle Mängel und Schäden, welche auf eine mangelhafte Ausführung des Werkes zurückzuführen sind.

Die/der Berechtigte muss nachweisen, dass sie/er über eine Haftpflicht-Versicherungsdeckung von mindestens CHF 10 Mio. verfügt.

Bestehende betriebliche Abläufe auf den Raststätten (wie Unterhaltstätigkeiten durch das Tiefbauamt, die Baurechtsnehmenden und durch sie Beauftragte, Tanken, Hotellerie, Verpflegung, Einkäufen, Strom- und Wasserversorgung, Abwasser usw.) dürfen grundsätzlich nur während der Bau- und Unterhaltsphase und in gegenseitiger Abstimmung unterbrochen oder verändert werden. Dazu müssen bestehende, von solchen Aktivitäten betroffene Baurechtsnehmende auf den Raststätten mit einbezogen und direkt mit diesen allfällige Ertragsausfälle geregelt werden.

7.3 Energieversorgung

Sämtliche zur Anlage gehörenden elektrischen Infrastrukturen bis zum Netzeinspeisepunkt (wie Kabelrohrblöcke oder Schächte, Kabel, Schutzeinrichtungen, Diagnoseeinrichtungen, Fremdspeisung) sowie allfällige Stromkosten für den Betrieb der Anlage gehen zu Lasten der/des Berechtigten. Falls notwendig installiert die/der Berechtigte zur Messung des Energieverbrauchs zu ihren/seinen Lasten einen Verbrauchszähler. Die Rechnungsstellung durch das zuständige Elektrizitätsversorgungsunternehmen erfolgt direkt an den Berechtigten.

7.4 Zutrittsrecht

Ist der Kanton Eigentümer einer oder mehrerer betroffener Grundstücke, so gestattet er der/dem Berechtigten und allen von ihr/ihm ermächtigten Personen, diese Grundstücke im Bereich der Anlage für Inspektionen, Störungsbehebungen, Instandsetzungen und präventiven Unterhalt zu betreten. Allfällig dadurch entstehende Schäden sind durch die/den Berechtigten zu beheben oder zu begleichen. Der zuständige Obergeringenieurkreis ist vorgängig zu informieren.

Die Kantonsvertretenden sind jederzeit befugt, sich an Ort und Stelle davon zu überzeugen, dass die in dieser Konzession enthaltenen Bedingungen und Auflagen tatsächlich erfüllt werden. Zu diesem Zweck gewährt die/der Berechtigte jederzeit Zutritt zu ihrer/seiner Anlage.

Der Kanton hat jederzeit die Möglichkeit, seine Strasseninfrastrukturobjekte zu inspizieren; soweit dafür erforderlich muss die/der Berechtigte den Betrieb ihrer/seiner Anlage vorübergehend unterbrechen oder gegebenenfalls Teile davon abbauen. Alle damit verbundenen Kosten gehen zu Lasten der/des Berechtigten.

7.5 Betrieb der Anlage der/des Berechtigten im Besonderen

Führt der Betrieb der Anlage zu einer Gefahr für Personen oder Sachen, so hat die/der Berechtigte unverzüglich Abhilfe zu schaffen. Wenn die angeordneten Vorkehrungen auf schriftliche Aufforderung hin nicht innert der gesetzten Frist getroffen werden, ist der Kanton berechtigt, auf Kosten der/des Berechtigten die nötigen Massnahmen zu ergreifen. Gleiches gilt, wenn der Betrieb der Anlage Kontroll-, Bau- oder Unterhaltsarbeiten an der Kantonsstrasse erschwert oder verunmöglicht.

Die Verkehrsflächen ausserhalb der betroffenen Grundstücke dürfen durch die/den Berechtigte(n) nicht über den Gemeingebrauch hinaus für eigene Zwecke beansprucht werden.

Für Betrieb und Reinigung ihrer/seiner Anlage ist die/der Berechtigte auf eigene Kosten verantwortlich.

Den Beginn und die Beendigung von betriebsrelevanten Arbeiten hat die/der Berechtigte dem Kanton einen Monat vor Beginn zu melden. Bei Sofortmassnahmen sind diese unmittelbar nach Kenntnis derer Notwendigkeit dem zuständigen Strasseninspektorat zu melden.

7.6 Schadenersatzansprüche infolge Sperrung der Kantonsstrasse

Der Berechtigte verzichtet auf jegliche Schadenersatzansprüche gegenüber dem Kanton, die durch eine teilweise oder vollständige vorübergehende Sperrung der Kantonsstrasse entstehen können.

7.7 Schäden an der Anlage der / des Berechtigten

Wenn Anlagen der/des Berechtigten, die sich im Bereich der Infrastruktur der Kantonsstrassen befinden, durch Dritte beschädigt werden, ist es Sache der/des Berechtigten, diese Schäden nach vorheriger Absprache mit dem Kanton zu beheben. Entstehen dem Kanton dadurch Kosten, sind sie durch den Berechtigten zu bezahlen. Es ist Sache der/des Berechtigten, die entsprechenden Schadenersatzansprüche gegenüber der schädigenden Person durchzusetzen.

Wenn der zu behebende Schaden sowohl die Anlage der/des Berechtigten als auch die der Kantonsstrasse betrifft, legt der Kanton das Verfahren fest; grundsätzlich haben die Arbeiten an den Anlagen der Kantonsstrasse Vorrang. Der Kanton und die/der Berechtigte regeln die Geltendmachung der Schadenersatzansprüche gegenüber der schädigenden Person unter sich.

8 Haftung und Schadloshaltung

8.1 Haftung

Die/der Berechtigte haftet dem Kanton und Dritten gegenüber für jeden Schaden, dessen Ursachen auf die bewilligte Anlage, deren Installation, Betrieb und Unterhalt oder auf sonstige Handlungen und Unterlassungen zurückzuführen sind, für welche die/der Berechtigte einzustehen hat. Es gelten die üblichen haftungsrechtlichen Grundlagen. Allfällige Schäden, die die/der Berechtigte oder von ihr/ihm beauftragte Dritte im Zusammenhang mit der Anlage an den in Artikel 2 bezeichneten Objekten oder betroffenen Grundstücken verursachen, hat die/der Berechtigte dem Kanton bzw.

den betroffenen Grundeigentümern unverzüglich schriftlich zu melden. Sie/er hat den Schaden auf ihre/seine Kosten zu beheben.

8.2 Schadloshaltung

Die/der Berechtigte verpflichtet sich, den Kanton schadlos zu halten, wenn dieser mit Schadenersatzansprüchen Dritter im Zusammenhang mit Installation, Betrieb und Unterhalt der Anlage konfrontiert wird. Der Kanton orientiert die/den Berechtigte(n) umgehend über die Anmeldung solcher Ansprüche. Bei einem allfälligen Rechtsstreit überlässt der Kanton die Prozessführung der/dem Berechtigten bzw. bezieht die/den Berechtigte(n) so weit wie möglich in das Verfahren ein.

Die/der Berechtigte kann die Anlage abbrechen und ohne Einhaltung einer Frist auf die weitere Ausübung der Konzession verzichten, um einen Prozess zu vermeiden oder zu beenden. Bei einem solchen Verzicht kann die/der Berechtigte beim Kanton keinerlei Schadloshaltungsansprüche geltend machen.

9 Konzessionsgebühr

Die Gebühr für die vorliegende Sondernutzungskonzession basiert auf der Gebührenverordnung¹. Sie beträgt CHF XXX.00.

Erläuterung hierzu: Die kantonale Gebührenverordnung sieht vor, dass für die Erteilung einer Sondernutzungskonzession die effektiven Bearbeitungskosten in Rechnung gestellt werden müssen (Anhang 08 Gebühren der Direktion für öffentliche Arbeiten und Verkehr, Punkt 2.1.3), dies mit einer Obergrenze von CHF 2000.-

Der Kostensatz pro Stunde beträgt nach GebV CHF 120.- (120 Taxpunkte zu CHF 1.00 pro Taxpunkt, Gehaltsklasse 18-23).

10 Abgeltung Flächennutzung

Die/der Berechtigte bezahlt dem Kanton eine jährliche Abgeltung von CHF YYY.00, zahlbar jeweils im Voraus für das laufende Jahr. Im Jahr der Inbetriebnahme der Anlage ist keine Abgeltung zu zahlen.

Die Abgeltung wird jährlich der Teuerung angepasst und zwar auf Basis des Landesindex der Konsumentenpreise. Als Basis dient der Index vom Dezember 2021 von 101.5 Punkten (Basis Dezember 2020 = 100 Punkte). Der Betrag von CHF YYY.00 entspricht der Mindestabgeltung und wird im Falle einer negativen Teuerung nicht um diese reduziert.

Die jährlich wiederkehrende Abgeltung wird der/dem Berechtigten im Verlauf des vierten Quartals für das Folgejahr in Rechnung gestellt und ist innert 30 Tagen zu überweisen (Konto 412000 / 1K38 / 910001 / MwSt-frei). Die Adresse für die Rechnungsstellung lautet:

BERCHTIGTENNAME

ABTEILUNG / ANSPRECHSPERSON

¹ Gebührenverordnung; GebV (BSG 154.21), Anhang 08 Gebühren der Direktion für öffentliche Arbeiten und Verkehr, Punkt 2.1.3.

STRASSENNAME STRASSENNUMMER

PLZ ORT

Referenz: Vertrags-Nr. AAA (Die Vertragsnummer ist auf jeder Rechnung aufzuführen).

11 Änderungen und Ergänzungen

Alle Änderungen, einschliesslich Verzicht, Widerruf sowie die Aufhebung der Konzession in gegenseitigem Einverständnis, bedürfen der Schriftform. Änderungen der Eigentumsverhältnisse am Grundstück oder der Zustelladresse einer Partei sind der anderen Partei unaufgefordert mitzuteilen. Zustellungen von Mitteilungen an die letzte bekannte Adresse gelten als rechtswirksam erfolgt.

12 Salvatorische Klausel

Sollten Bestimmungen dieser Konzession unwirksam sein oder werden, so wird die Gültigkeit dieser Konzession im Übrigen davon nicht berührt. Die Vertragsparteien werden in einem solchen Fall eine Vereinbarung treffen, welche die betreffende Bestimmung durch eine wirksame möglichst gleichwertige Bestimmung ersetzt. Dies gilt auch, wenn die Konzession eine Lücke enthält.

13 Ausfertigungen

Diese Urkunde wird zweifach ausgefertigt. Ein unterzeichnetes Exemplar geht je an die beiden Parteien.

14 Unterschriften der Parteien

Für das Tiefbauamt des Kantons Bern

Ort, Datum:

Stefan STUDER

Amtsvorsteher

VORNAME NACHNAME

Kreisoberingenieur/in

Für BERECHTIGTER NAME

Ort, Datum:

VORNAME NACHNAME

FUNKTION

VORNAME NACHNAME

FUNKTION

Anhang

- Plan des Objekts: „OBJEKT_NAME_plan.pdf“



Verfügung

1. Das Recht zur Erstellung, zum Betrieb und Unterhalt einer Photovoltaikanlage mit zugehöriger Ausrüstung und notwendigen Infrastruktur- und Erschliessungsanlagen (Kommunikationseinrichtungen, Leitungen, Kabel, Kabelschutzrohre etc.) wird in Anwendung von Art. 70 SG gemäss den Bedingungen und Auflagen des vorstehenden Konzessionsverhältnisses erteilt.

2. Bedingung

Die Konzession darf erst ausgeübt werden, wenn eine rechtskräftige Baubewilligung vorliegt.

3. Auflagen

Die / der Berechtigte hat dem Tiefbauamt des Kantons Bern unverzüglich mitzuteilen, wenn eine rechtskräftige Baubewilligung vorliegt.

Alle zur Bestimmung eines allfälligen Entschädigungswertes notwendigen Kosten und Subventionsbeiträge müssen zum Inbetriebnahmedatum gegenüber dem Kanton aus- und nachgewiesen werden.

Auflistung weiterer konkreter Auflagen

4. Sämtliche Bestimmungen der vorstehenden Konzessionsurkunde werden der/dem Berechtigten zur strikten Einhaltung auferlegt.
5. Für die Erteilung der Konzession wird eine Gebühr von CHF XXX.00 erhoben.
6. Zu eröffnen (per Einschreiben):

- **BERECHTIGTENNAME**

Bern

Tiefbauamt des Kantons Bern

Der Amtsvorsteher

Stefan Studer

Rechtsmittelbelehrung

Diese Verfügung kann innert 30 Tagen seit Eröffnung mit Beschwerde bei der Bau- und Verkehrsdirektion des Kantons Bern, Reiterstrasse 11, 3013 Bern, angefochten werden. Die Beschwerde ist schriftlich, begründet und mit einer rechtsgültigen Unterschrift versehen in zwei Exemplaren einzureichen. Die angefochtene Verfügung und andere greifbare Beweismittel sind beizulegen.